



drink-OR-drive – Aktion „Sicher nach Hause“

drink-OR-drive ist ein Verein, der von engagierten Menschen aus dem Müritz 2008 gegründet wurde und seither Aktionen gegen Alkohol am Steuer setzt. Im Fokus steht die **Bewusstseinsbildung** für die Problematik "Alkohol am Steuer".

In Schulen ist drink-OR-drive mit bewusstseinsbildenden Workshops (inkl. Rauschbrillentest) im Einsatz.

Immer noch ist betrunken Autofahren für viele ein Kavaliersdelikt und immer noch passieren in Österreich über 2.000 Alkoholunfälle pro Jahr [Statistik Austria, 2005-2024].

Jeder einzelne Unfall ist einer zu viel und jeder einzelne ist **VERMEIDBAR!**

drink-OR-drive fragt die Politik

Unter dem Motto - **JEDE/R kann Alkohol am Steuer verhindern**, haben wir die Parteien, die zur Nationalratswahl 2024 antreten, um ihre Statements und Lösungsansätze zum Thema Alkohol am Steuer gebeten.

Die Statements aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW24 bundesweit antreten und bis 22.9.2024 10.00 Uhr bei uns eingetroffen sind, haben wir hier zusammenfasst und werden auf unserer Webseite:

www.drink-OR-drive.at veröffentlicht.



Nationalratswahl 2024

Antworten der wahlwerbenden Parteien zu folgenden Themenbereichen [Stand 22.09.2024]

- 1 Thema: „0,0 Promillegrenze für ALLE Lenker:innen eines motorisierten Verkehrsmittels“ 2
- 2 Thema: „Ausbau des öffentlichen Nachtverkehrs“ 3
- 3 Thema: „Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten Alkolenker:innen“ 3
- 4 Thema: „Ausbau der Alkoholkontrollen“ 5
- 5 Thema: Vorschläge bzw. Anträge, die seit der letzten NRW zur Bekämpfung von Alkohol am Steuer eingebracht wurden? 6
- 6 Thema: „Weitere Ansätze, Strategien, konkrete Maßnahmen zur Reduktion von Alkohol am Steuer“ 7

1 Thema: „0,0 Promillegrenze für ALLE Lenker:innen eines motorisierten Verkehrsmittels“



Problem

Bereits doppeltes Unfallrisiko bei 0,5 Promille [KfV, 2010]
Eine 0,5 Promillegrenze verleitet zum „Das-wird-sich-schon-ausgehen-Trinken“

drink-OR-drive Vorschlag / Forderung

0,0 Promillegrenze
(Rechtsrahmen 0,1 Promille)
für ALLE Lenker:innen eines motorisierten Verkehrsmittels

Kostenschätzung

gering,
Änderung der entsprechenden Gesetzestexte und Ausbildungsunterlagen

Zu erwartender Nutzen

Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten!

ÖVP	„Als Volkspartei erkennen wir die Bedeutung der Verkehrssicherheit und unterstützen Maßnahmen, die zur Reduktion von Unfällen beitragen. Wir plädieren für die Beibehaltung der bestehenden Regelung, während wir gleichzeitig verstärkt auf Prävention und Aufklärung setzen.“
SPÖ	„Die derzeitige Regelung soll nicht geändert werden, freiwilliges Verhalten in Richtung 0,0 Promille aber unterstützt (durch Bewusstseinsbildungsmaßnahmen).“
FPÖ	„Als FPÖ lehnen wir eine generelle Senkung der Promillegrenze auf 0,0 Promille ab. Wir sind der Meinung, dass es in der Verantwortung jedes Einzelnen liegt, sein Fahrzeug nur dann zu steuern, wenn er sich in einem fahrtauglichen Zustand befindet. Diese Verantwortung bezieht sich nicht ausschließlich auf den Alkoholkonsum, sondern umfasst alle Faktoren, die die Fahrsicherheit beeinflussen können, wie Müdigkeit, Medikamenteneinnahme oder gesundheitliche Beeinträchtigungen. Unsere derzeitigen gesetzlichen Regelungen, die eine Promillegrenze von 0,5 (bzw. 0,1 Promille für Fahranfänger, Berufskraftfahrer und bestimmte Risikogruppen) vorsehen, haben sich als praktikabel und ausreichend erwiesen. Sie bieten einen vernünftigen Rahmen, der Sicherheit im Straßenverkehr gewährleistet, ohne die Eigenverantwortung der Bürger übermäßig einzuschränken. Wir setzen auf Aufklärung und Prävention, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, und sprechen uns gegen übertriebene Einschränkungen aus, die mündige Bürger bevormunden würden. Es ist wichtig, dass Gesetze praxisnah und verhältnismäßig bleiben. Eine pauschale 0,0 Promillegrenze würde unnötig viele Menschen kriminalisieren, ohne dass dies nachweislich zu mehr Sicherheit auf unseren Straßen führen würde. Daher bleibt die FPÖ bei ihrer Position: Es braucht einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol, aber keine überzogenen gesetzlichen Vorschriften.“
GRÜNE	„Wir halten eine weitere Senkung der Promillegrenze, wie in einigen anderen europäischen Staaten bereits in Geltung, im Sinne der Verkehrssicherheit seit langem und weiterhin für sinnvoll.“
NEOS	„Der niedrige Grenzwert geht ja darauf zurück, dass es überhaupt eine Möglichkeit gibt, beispielsweise ein kleines Bier oder ein Glas Wein zum Essen zu trinken und anschließend trotzdem mit dem Auto zu fahren - gerade in ländlichen Gegenden, in denen Restaurants oft öffentlich schlecht erreichbar sind, ist dieser Gedankengang schon nachvollziehbar. Das weitaus größere Problem ist aber nicht die Tatsache, dass es eine Grenze gibt, sondern dass mehr als drei Viertel der Unfalltenker über einem Promille haben und ungefähr ein Fünftel dieser Fahrer sogar mehr als zwei Promille. Hier würden also Änderungen der Grenzwerte nicht alleine helfen, sondern ganz offensichtlich fehlt es am Bewusstsein der Bevölkerung, welche Mengen Alkohol zu welchen Konsequenzen führen und ohne diese nötige Bewusstseinsarbeit würde auch ein geänderter Grenzwert diese "Das-wird-sich-schon-Ausgehen"-Mentalität nicht alleine beheben. Zudem sollten aus unserer Sicht Alkoholkontrollen intensiviert und die bestehende 0,5 Promillegrenze konsequent kontrolliert, sowie Verstöße streng geahndet werden.“
Bierpartei	„Bei der Bierpartei trinken wir gerne ein Bier – ob mit oder ohne Alkohol. Beim Bier kommen Menschen zusammen und reden miteinander. Aber hinterm Steuer hat Alkohol nichts verloren. Wir unterstützen die Einführung einer 0,0-Promillegrenze (bzw. 0,1 Promille Rechtsrahmen) für alle motorisierten Verkehrsteilnehmer:innen. Die Anpassung der Gesetzgebung ist ein notwendiger Schritt, um eine klare Botschaft zu senden: Kein Alkohol am Steuer.“
KEINE	„JA, diese Maßnahme kann auch stark zur Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft beitragen.“
KPÖ	„Ja, das ist sinnvoll und auch bereits in anderen Ländern so gängig.“
LISTE M. Petrovic	Die Liste Madeleine Petrovic hat rückgemeldet, dass mangels zeitlicher Ressourcen leider kein Statement möglich ist.

Statements aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW24 bundesweit antreten und bis 22.9.2024 10.00 Uhr eingetroffen sind.

2 Thema: „Ausbau des öffentlichen Nachtverkehrs“



Problem

Personen insbesondere in ländlichen Regionen, verzichten nicht auf das Auto, wenn es keine leistbaren, leicht zugänglichen Alternativen gibt. Wer mit dem eigenen Auto zu einer Veranstaltung fährt, möchte in der Regel auch mit dem eigenen Auto wieder nachhause fahren.

drink-OR-drive Vorschlag / Forderung

Ausbau des öffentlichen Verkehrs AUCH in der Nacht z.B. in Kooperation lokalen Taxiunternehmen bei Großveranstaltungen bzw. mit Lokalen; Vereinheitlichung der bundes-länderspezifischen Veranstaltungs-gesetze und verpflichtende Organisation von Shuttlediensten (in Kooperation mit lokalen Taxiunternehmen) bei Großveranstaltungen ab 300 Pers. Anreize für große Gastronomie-betriebe, Shuttledienste zu organisieren etc.

Kostenschätzung

Je nach Ausgestaltung moderat bis hoch

Zu erwartender Nutzen

Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfall zu verhindern, Menschenleben zu retten Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten! Beitrag zum Klimaschutz (mögliche positive Spill-Over-Effekte auch bei anderen Wegen auf das Auto zu verzichten)

ÖVP

„Wir befürworten den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere in der Nacht, um sicherzustellen, dass Personen nach dem Konsum von Alkohol eine sichere Alternative zum eigenen Auto haben. Die Kooperation mit lokalen Taxiunternehmen ist eine sinnvolle Ergänzung, insbesondere bei Großveranstaltungen. Anreize für große Gastronomiebetriebe, eigene Shuttledienste zu organisieren, halten wir ebenfalls für sinnvoll, um die Verkehrssicherheit weiter zu erhöhen.“

SPÖ

„Die SPÖ setzt sich seit langem für eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs speziell in den ländlichen Gemeinden ein und hat diesbezüglich ein Verkehrszielegesetz vorgelegt. Die Anbindungen und die Frequenzen sollen verbessert, die Bahnhöfe zu Microverkehrshubs ausgebaut und den Gemeinden Busverkehre erleichtert werden. Die SPÖ will auch den kostenlosen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für junge Menschen bis 18 Jahre.“

FPÖ

„Die FPÖ befürwortet den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere wenn dieser sinnvoll gestaltet ist und den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Wir sind der Meinung, dass intelligente und bedarfsorientierte Lösungen, wie sie hier vorgeschlagen werden, einem starren, von oben verordneten Ausbau unbedingt vorzuziehen sind. Gerade bei Großveranstaltungen oder in der Nähe von Lokalen kann eine enge Kooperation mit lokalen Taxiunternehmen eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden öffentlichen Verkehrsangebot darstellen. Solche flexiblen Ansätze bieten nicht nur mehr Komfort und Sicherheit für die Bürger, sondern stärken auch die lokale Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze. Es ist uns wichtig, dass der öffentliche Verkehr nicht nur auf dem Papier gut aussieht, sondern auch tatsächlich genutzt wird und die Menschen in ihrem Alltag entlastet. Deshalb setzen wir uns für maßgeschneiderte Lösungen ein, die auf die jeweilige Situation abgestimmt sind und die Mobilität der Bürger verbessern, ohne unnötig hohe Kosten zu verursachen.“

GRÜNE

„Das Ziel unserer Mobilitätspolitik ist ganz klar, der bequeme, günstige Umstieg auf öffentlichen Verkehr. Dann brauchen die Menschen auch das Auto nicht mehr um auf Partys zu fahren. Mit dem Klimaticket und den von uns durchgesetzten begleitenden Investitionen in mehr Öffi-Angebot in vielen Regionen konnten auch zusätzliche Tagesrand-, Nacht- und Wochenendverbindungen realisiert werden. Auch auf der "letzten Meile" stellen Pilotprojekte das Machbare vermehrt unter Beweis. Diesen Weg wollen wir gemeinsam mit den für Bus-, Nah- und Regionalverkehr zuständigen Ländern (und Städten) weitergehen und unterstützen in diesem Sinn den Vorschlag. Die Anregungen für verlässliche Shuttle-Angebote bei größeren Veranstaltungen unterstützen wir ebenfalls.“

NEOS

„Ja, es braucht massive Verbesserungen beim Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel im ländlichen Bereich. Dies trägt nicht nur dazu bei, alkoholbedingte Unfallzahlen zu verringern, sondern ermöglicht auch Jugendlichen oder jenen älteren Personen, die auch abseits des Alkoholkonsums kein Auto mehr fahren können, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. NEOS setzt sich besonders auf Landesebenen dahingehend sehr stark für Lösungen der letzten Meile ein und nachhaltigere Mobilitätskonzepte für Veranstaltungen gehören für uns dahingehend selbstverständlich dazu. Die zunehmende Digitalisierung bietet auch hier ein großes Potenzial, wie Erleichterungen bei bedarfsorientierten Angeboten, Sammeltaxis oder in weiterer Zukunft die Möglichkeit des autonomen Fahrens. Eine gesetzliche Verpflichtung von Lokalbetreibern und kleinen Veranstaltern, die Bereitstellung der An-/Abreise ihrer Gäste zu organisieren, halten wir für unverhältnismäßig und schwer umsetzbar.“

Bierpartei

„Wir sind für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, auch in der Nacht. Wir unterstützen Shuttledienste bei Großveranstaltungen und neue, individuelle Lösungen, wie etwa app-basiertes Car-Sharing als Alternativen zum eigenen Auto.“

KEINE

„JA, diese Maßnahme ist generell eine gute Idee, um Menschen am Land öffentliche Mobilität zu gewährleisten – auch für die Menschen, die keinen Alkohol trinken. Ein kluger Beitrag für mehr öffentlichen Wohlstand für alle.“

KPÖ

„Ja, auf jeden Fall ein sehr wichtiger Schritt.“

LISTE M. Petrovic

Die Liste Madeleine Petrovic hat rückgemeldet, dass mangels zeitlicher Ressourcen leider kein Statement möglich ist.

Statements aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW24 bundesweit antreten und bis 22.9.2024 10.00 Uhr eingetroffen sind.

3 Thema: „Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten Alkolocker:innen“



Problem

Viele verurteilte Alkolocker:innen fahren auch ohne Führerschein bzw. melden sich nicht freiwillig für einen Alko-Lock-Einbau

drink-OR-drive Vorschlag / Forderung

Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten Alkolocker:innen

Präventiv:
Einbau von Alkolocks bei allen Fahrzeugen

Kostenschätzung

Kosten trägt Alkolocker:in, weitere Kosten gering, da vorbereitende Maßnahmen durch Pilotprojekt bereits ergriffen

Zu erwartender Nutzen

Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfall zu verhindern, Menschenleben zu retten Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten!

ÖVP

„Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten AlkolockerInnen: Das könnte ebenfalls eine effektive Maßnahme zur Vermeidung von Wiederholungsfällen darstellen, erfordert jedoch eine umfassende Prüfung der Umsetzung.“
 „Präventiv: Einbau von Alkolocks in allen Fahrzeugen: Den präventiven Einbau von Alkolocks in allen Fahrzeugen sehen wir kritisch. Der flächendeckende Einsatz dieser Technologie würde eine erhebliche finanzielle Belastung für die Bevölkerung darstellen und könnte in der praktischen Anwendung auf Widerstände stoßen. Stattdessen setzen wir auf gezielte Aufklärung und Präventionsmaßnahmen, um das Bewusstsein für die Gefahren von Alkohol am Steuer zu schärfen.“

SPÖ

„Die Initiative betreffend Alkolocks wurde von einer SPÖ-Verkehrsministerin gestartet. Ein weiterer Ausbau dieser Maßnahme erscheint durchaus als sinnvoll.“

FPÖ

„Die FPÖ spricht sich gegen den verpflichtenden Einbau von Alkolocks aus. Wir setzen auf die Mündigkeit und Eigenverantwortung der Bürger. Es ist unsere Überzeugung, dass mündige Erwachsene in der Lage sind, selbst verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen und ihr Fahrzeug nur in einem fahrtüchtigen Zustand zu lenken. Ein allgemeiner Zwang zum Einbau von Alkolocks würde die große Mehrheit der verantwortungsbewussten Autofahrer unter Generalverdacht stellen und unnötige Kosten verursachen. Statt auf Zwangsmaßnahmen zu setzen, bevorzugen wir Aufklärung und Prävention, um das Bewusstsein für die Risiken des Alkoholkonsums im Straßenverkehr zu schärfen. So kann die Verkehrssicherheit effektiv erhöht werden, ohne die Freiheit der Bürger unnötig einzuschränken.“

GRÜNE

„Aufgrund der Erkenntnisse aus dem österreichischen Alkolock-Pilotprojekt war eine Fortsetzung nicht empfohlen. Zum einen trifft die Umsetzung jeder flächendeckenden Verpflichtung auf viele praktische Probleme in Einzelfällen (Beispiel: Firmenwagen, Flotten). Zum anderen liegen Hinweise aus der Forschung vor, die besagen, dass Alkolocks Menschen glauben lassen, dass ihnen damit eine - im Vergleich zum Führerscheinentzug -weniger einschneidende Sanktion droht. Weitere Schritte in Richtung Alkolocks bedürfen daher aus unserer Sicht einer umfassenden wissenschaftlichen Durchleuchtung samt internationaler Best Practice Analyse.“

NEOS

„Spätestens bei Fahren ohne Führerschein ist ganz klar jeglicher Toleranzrahmen überschritten und es braucht ernstzunehmende rechtliche Konsequenzen und nicht eine Handhabe als Kavaliersdelikt. Bei Wiederholungsdelikten kann die Nutzung eines Alko-Locks sinnvoll sein, wir wären daher bezüglich einer verbesserten Neuauflage eines alternativen Bewährungssystems mittels Alkoholverweigerungsperre gesprächsbereit.“

Bierpartei

„Wir unterstützen den Einbau von Alkolocks für verurteilte Alkolocker:innen.“

KEINE

„JA, verpflichtende Alkolocks für verurteilte Lenker:innen können temporär Sinn machen, auch während dem Wiedereinstieg nach Führerscheinentzug.“

KPÖ

„Ja, allerdings sollten die Lenker:innen je nach Einkommen finanziell beim Einbau unterstützt werden.“

LISTE M. Petrovic

Die Liste Madeleine Petrovic hat rückgemeldet, dass mangels zeitlicher Ressourcen leider kein Statement möglich ist.

Statements aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW24 bundesweit antreten und bis 22.9.2024 10.00 Uhr eingetroffen sind.

4 Thema: „Ausbau der Alkoholkontrollen“



Problem

Wenn es nicht ausreichend bzw. keine zielgerichteten Alkohol -Kontrollen gibt, können Alkolenker:innen nicht aus dem Verkehr gezogen werden

drink-OR-drive Vorschlag / Forderung

Ausbau der Alkoholkontrollen
(insbesondere zielgerichtete Kontrollen im Umkreis von Großveranstaltungen)

Kostenschätzung

Je nach Ausgestaltung moderat bis hoch

Zu erwartender Nutzen

Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten!

ÖVP	<i>„Alkoholkontrollen, insbesondere im Umfeld von Großveranstaltungen, sind eine wichtige Maßnahme, um Alkohol am Steuer entgegenzuwirken und Unfälle zu verhindern. Zielgerichtete Kontrollen können eine präventive Wirkung entfalten und dazu beitragen, dass weniger Menschen alkoholisiert fahren. Hierbei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Veranstaltern und lokalen Behörden, um diese Kontrollen effizient und wirksam zu gestalten.“</i>
SPÖ	<i>„Generell ist im Verkehrsbereich die Kontrolle der Vorschriften eines der zentralen Themen. Die SPÖ tritt für verstärkte Alkohol- und Geschwindigkeitskontrollen ein.“</i>
FPÖ	<i>„Die FPÖ lehnt überbordende Kontrollen ab. Wir setzen auf gezielte und verhältnismäßige Maßnahmen, die Sicherheit im Straßenverkehr gewährleisten, ohne die Freiheit der Bürger unnötig einzuschränken. Eine sinnvolle und maßvolle Überwachung im Umkreis von Großveranstaltungen kann dazu beitragen, alkoholbedingte Unfälle zu vermeiden. Es darf jedoch nicht zu einer flächendeckenden Kontrollpraxis kommen, die den Bürger unter Generalverdacht stellt und die persönliche Freiheit unverhältnismäßig einschränkt. Wir setzen auf die Eigenverantwortung der Menschen und eine vernünftige Polizeiarbeit, die mit Augenmaß und Rücksicht auf die Rechte der Bürger durchgeführt wird.“</i>
GRÜNE	<i>„Die Statistiken zu Alkohol-Unfällen zeigen, dass es einen Kulturwandel braucht. Viel zu oft ist das Fahren unter Alkoholeinfluss noch breit akzeptiert, dabei ist es einfach gefährlich. Für die Alkolenker:innen selbst, aber auch für alle anderen Verkehrsteilnehmer. Dafür wären mehr und gezielte Kontrollen etwa bei Veranstaltungen, bei denen üblicherweise in hohen Mengen Alkohol konsumiert wird, ein sehr wichtiger Beitrag. Der Vorschlag wird daher voll unterstützt.“</i>
NEOS	<i>„Wir unterstützen diese Forderung. Hier auf eine sinnvolle Ressourcenverteilung zu achten und bestmöglich auf Risikosituationen einzugehen, sollte jedenfalls eine Priorität sein.“</i>
Bierpartei	<i>„Studien zeigen, dass verstärkte und zielgerichtete Alkoholkontrollen, insbesondere im Umfeld von Großveranstaltungen, die Zahl alkoholbedingter Unfälle signifikant reduzieren können. Die Bierpartei unterstützt daher den Ausbau solcher Kontrollen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und Menschenleben zu schützen.“</i>
KEINE	<i>„JA, zielgerichtete Schwerpunktkontrollen im ländlichen Raum können stark zur Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft beitragen.“</i>
KPÖ	<i>„Das wird bereits jetzt oft so gehandhabt. Die Landespolizeidirektionen sollten das in Zusammenarbeit mit den Dienststellen weiter forcieren.“</i>
LISTE M. Petrovic	Die Liste Madeleine Petrovic hat rückgemeldet, dass mangels zeitlicher Ressourcen leider kein Statement möglich ist.

Statements aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW24 bundesweit antreten und bis 22.9.2024 10.00 Uhr eingetroffen sind.

5 Thema: Vorschläge bzw. Anträge, die seit der letzten NRW zur Bekämpfung von Alkohol am Steuer eingebracht wurden?

Welche Vorschläge bzw. Anträge hat Ihre Partei seit der letzten NRW zur Bekämpfung von Alkohol am Steuer eingebracht?

ÖVP	<i>„Jeder Alkoholtote einer zu viel. Daher plädieren wir immer auf die gute Arbeit unserer Polizei, die wir in diesem Bereich unterstützt haben und auch weiterhin stark unterstützen werden. Besonders wichtig sind uns als Volkspartei auch Verschärfungen im Drogenbereich, um die Gesundheit unserer Bevölkerung zu schützen und gegen Kriminalität anzukämpfen.“</i>
SPÖ	<i>„Die SPÖ tritt im NRW vehement für die Erhöhung der Verkehrssicherheit ein und hat diesbezüglich zahlreiche Gesetzes- und Entschließungsanträge eingebracht.“</i>
FPÖ	<i>„Die FPÖ hat mehrfach versucht einen Antrag zur „Sicherstellung eines effektiven Einschreitens gegen Lenkerinnen und Lenker, die sich auf Grund von verbotenen Suchtgiftkonsum in einem fahruntauglichen Zustand befinden“ zur Abstimmung zu bringen. Dies wurde jedoch von Schwarz/Grün stets verhindert.“</i>
GRÜNE	<i>„In der neuen Verkehrssicherheitsstrategie 2021-30 wurden wichtige weitere Schritte zur Bekämpfung von Alkohol am Steuer aufgenommen. Vorschläge für die Weiterentwicklung des gesetzlichen Rahmens etwa bei Sanktionsdrohungen beim Umgang mit Drogen im Straßenverkehr wurden in die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner eingebracht. Bisher war die ÖVP aber leider zu keinem fortschrittlichen Konsens bereit. Wir planen weitere Maßnahmen für ein wirksameres Einschreiten bei Alkohol-beeinträchtigten Nutzer:innen von E-Scootern, da es hier noch gesetzlichen Anpassungsbedarf gibt. Auch einer weiteren lebensgefährlichen Verhaltensweise im Straßenverkehr wurde in dieser Gesetzgebungsperiode entschieden entgegengetreten. Bei extremer Raserei verfällt das Auto und kann in weiterer Folge versteigert werden.“</i>
NEOS	<i>„Wir bekennen uns in unseren Parteipositionen zum radikalen Ausbau der öffentlichen Mobilität und haben Mobilitätspolitik im Parlament in der letzten Legislaturperiode dementsprechend angelegt.“</i>
Bierpartei	<i>In der aktuellen Legislaturperiode nicht im Nationalrat vertreten.</i>
KEINE	<i>In der aktuellen Legislaturperiode nicht im Nationalrat vertreten.</i>
KPÖ	<i>In der aktuellen Legislaturperiode nicht im Nationalrat vertreten.</i>
LISTE M. Petrovic	<i>In der aktuellen Legislaturperiode nicht im Nationalrat vertreten.</i>

Statements aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW24 bundesweit antreten und bis 22.9.2024 10.00 Uhr eingetroffen sind.

6 Thema: „Weitere Ansätze, Strategien, konkrete Maßnahmen zur Reduktion von Alkohol am Steuer“

Weitere Ansätze, Strategien und konkreten Maßnahmen zur Reduktion von Alkohol am Steuer:

ÖVP	<i>„Wichtig wird es sein, die Präventionsarbeit weiter zu intensivieren. Dazu gehören verstärkte Aufklärungskampagnen, insbesondere für junge Fahrerinnen und Fahrer, sowie den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Unser Ziel ist es, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, ohne die Bevölkerung übermäßig zu belasten.“</i>
SPÖ	<i>„Bewusstseinsbildung, Verwendung der Mittel aus dem Verkehrssicherheitsfond für die Bewusstmachung der Risiken von Alkohol am Steuer, Fortsetzung der Alkolockinitiative, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, etc.“</i>
FPÖ	<i>„Endlich sicherstellen, dass es zu einem effektiven Einschreiten gegen Lenkerinnen und Lenker, die sich auf Grund von verbotenem Suchtgiftkonsum in einem fahruntauglichen Zustand befinden, kommt.“</i>
GRÜNE	<i>„Wir kämpfen für Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer:innen. Dazu braucht es allem voran aussagekräftigere Statistiken zum Unfallgeschehen und über die wirksame Weiterentwicklung der Promillegrenze. Weiters muss die Kontrolle hier ganz klar ausgebaut werden. In der Verkehrssicherheitsarbeit möchten wir den nötigen Kulturwandel hinsichtlich Alkohol am Steuer voranbringen. Und wir legen großen Wert darauf, dass die bequemen, günstigen Alternativen zum Auto weiter massiv gestärkt werden, denn nur so schaffen wir die nötige Verkehrswende: Leistbare und für möglichst viele verfügbare Öffis auch in Randzeiten sind besonders wichtig, aber auch Lösungen für die letzte Meile und der weitere Ausbau der Infrastruktur für sicheres Radfahren und Zufußgehen müssen weiterhin forciert werden. In den letzten Jahren konnten die Mittel hier mit den Grünen um das 27-fache erhöht werden. Diesen Weg müssen wir weitergehen.“</i>
NEOS	<i>„Neben den skizzierten Positionen sind weitere bewusstseinsbildende Maßnahmen notwendig, um für mehr Sensibilität im Umgang mit Alkohol am Steuer zu sorgen. Die teilweise noch vorhandene gesellschaftliche Toleranz für Alkohol am Steuer muss entschieden zurückgedrängt werden. Die österreichische Verkehrsstrategie bis 2030 formuliert hierzu Ziele und Lösungen im Umgang mit der Problematik, wie ein striktes Kontrollregime in Bezug auf Übertretung bei Alkohol, die wir unterstützen.“</i>
Bierpartei	<i>„Die Bierpartei setzt auf den Ausbau sicherer Alternativen wie Nachtbusse, Shuttledienste und Car-Sharing, um Alternativen für die Fahrt mit dem eigenen Auto zu ermöglichen. Zudem unterstützen wir zielgerichtete Alkoholkontrollen im Umfeld von Großveranstaltungen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und Unfälle zu reduzieren.“</i>
KEINE	<i>„Für uns hat das öffentliche Gesundheitssystem oberste Priorität. Dazu gehört auch, deutlich stärker in Bewusstseinsbildung, Prävention und die Unterstützung von Suchtkranken zu investieren.“</i>
KPÖ	Kein Statement eingetroffen.
LISTE M. Petrovic	Die Liste Madeleine Petrovic hat rückgemeldet, dass mangels zeitlicher Ressourcen leider kein Statement möglich ist.

Statements aller wahlwerbenden Parteien, die bei der NRW24 bundesweit antreten und bis 22.9.2024 10.00 Uhr eingetroffen sind.

Für den Inhalt verantwortlich:

drink-OR-drive

Aktion „Sicher nach Hause“

ZVR 943041850

Mail: drink-OR-drive@mailbox.org

Homepage: www.drink-OR-drive.at

Facebook: <https://www.facebook.com/drinkORdrive.at>